



Kollaborative Wirtschaft: Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz verabschiedet

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments hat am 03.05.2017 eine nichtbindende Entschließung zu einer Europäischen Agenda für die kollaborative Wirtschaft angenommen. Berichterstatter ist der italienische Abgeordnete Nicola Danti (S&D). Nach Berücksichtigung von 366 Änderungsanträgen verabschiedete der Binnenmarktausschuss u.a. folgende Empfehlungen:

Privatpersonen vs. professionelle Anbieter: Der Ausschuss empfiehlt die Ausarbeitung effektiver Kriterien für die Unterscheidung zwischen privaten Personen, die nur gelegentliche Dienstleistungen anbieten, und professionellen Anbietern. Dazu regt er generelle Prinzipien auf EU-Ebene sowie Schwellenwerte, die auf Ebene der Mitgliedstaaten festgelegt werden (zum Beispiel basierend auf dem generierten Einkommen), an.

Verbraucherrechte: Kollaborative Plattformen sollen dazu verpflichtet werden, effektive Systeme für Beschwerden und Konfliktlösungen bereitzustellen. Darüber hinaus müssen Verbraucherrechte und anwendbare Rechtsgrundlagen bei jeder Transaktion für den Nutzer klar ersichtlich sein.

Arbeitnehmerrechte: Faire Arbeitsbedingungen und adäquate Maßnahmen zum Beschäftigungsschutz müssen für alle Arbeitnehmer in der kollaborativen Wirtschaft garantiert werden. Arbeitnehmer sollten in der Lage sein, die elektronischen Bewertungen durch die Nutzer zu sammeln und gegebenenfalls zu transferieren, da diese ihren „digitalen Marktwert“ darstellen.

Steuerrecht: Unternehmen der kollaborativen Wirtschaft sollen vergleichbare Steuerverpflichtungen auferlegt werden wie Dienstleistern in der traditionellen Wirtschaft. Der Ausschuss spricht sich für innovative Lösungen zur Verbesserung der Einhaltung von Steuervorschriften aus. Die kollaborativen Plattformen werden aufgefordert, an dieser Aufgabe mitzuwirken.

In einer Erklärung verwies der Berichterstatter Nicola Danti auf die Chancen und Herausforderungen der kollaborativen Wirtschaft. Die vorrangige Aufgabe sei dabei, auf europäischer Ebene einen fairen Wettbewerb zwischen traditionellen und kollaborativen Geschäftsmodellen sicherzustellen und einen hohen Verbraucherschutz zu gewährleisten.

Das Plenum des Europäischen Parlaments wird sich auf seiner Sitzungswoche 12. – 15. Juni 2017 mit der Entschließung befassen.

Weiterführende Informationen:

[http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/fichprocedure.do?reference=2017/2003\(INI\)&l=en](http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/fichprocedure.do?reference=2017/2003(INI)&l=en)

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/20170503IPR73223/internal-market-committee-calls-for-eu-strategy-on-the-collaborative-economy>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20170428STO72971/infografik-kollaborative-wirtschaft>

http://ec.europa.eu/growth/single-market/services/collaborative-economy_en